

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 26. September 1968

Nummer 39

### Zur Wirtschaftslage

#### Zahlungsbilanzprobleme weiterhin ungelöst

Die anhaltenden Zahlungsbilanzungleichgewichte überschatten die wirtschaftliche Entwicklung in der westlichen Welt: Einerseits ist es den angelsächsischen Volkswirtschaften trotz der ergriffenen Zahlungsbilanzmaßnahmen bisher nicht gelungen, ihre Leistungsbilanzsituation fühlbar zu verbessern; in den Vereinigten Staaten hat sie sich — wenn auch zum Teil unter dem Einfluß exogener Einflüsse — sogar erheblich verschlechtert. Andererseits verharret vor allem die Bundesrepublik Deutschland auf ihrer Position hoher Leistungsbilanzüberschüsse. Wenn auch Kapitalbewegungen zu einer Verminderung des Basisbilanzdefizits der angelsächsischen Länder und zu einem Abbau des Basisbilanzüberschusses der Bundesrepublik Deutschland geführt haben, so kann hierin doch keine nachhaltige Bereinigung der Zahlungsbilanzprobleme in der westlichen Welt gesehen werden. Vielmehr ist eine Leistungsbilanzverbesserung in den angelsächsischen Ländern und die Abnahme des Leistungsbilanzüberschusses in der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Voraussetzung für die Beseitigung der Zahlungsbilanzungleichgewichte, die das wirtschaftliche Wachstum der westlichen Welt immer stärker gefährden.

Da die anhaltenden Defizite der angelsächsischen Länder die Bereitschaft der übrigen Welt, deren Reservewährungen im bisherigen Umfang zu halten, mehr und mehr vermindern, sehen sich jene Länder einem verstärkten Druck zu einem Abbau ihrer Defizite ausgesetzt. Die Gefahr nimmt daher zu, daß neben einer restriktiven Wirtschaftspolitik zu Maßnahmen gegriffen wird, die den Außenwirtschaftsverkehr weiter entliberalisieren.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* hat sich der Handels- und Leistungsbilanzüberschuß im ersten Halbjahr 1968 stark vermindert. Dies ist die Folge des starken Importanstiegs, der nicht zuletzt durch die inzwischen beseitigte Streikgefahr in der Stahlindustrie ausgelöst wurde. Das Exportwachstum hielt dagegen mit der Ausdehnung des Welt Handels Schritt. Die starke Einschränkung des Kapitalexports und die kräftige Erhöhung des Kapitalimports, zurückzuführen auf die Kontrolle der amerikanischen Investitionen im Ausland, verringerten zwar das Zahlungsbilanzdefizit in der ersten Hälfte dieses Jahres beträchtlich, haben es aber infolge des starken Rückgangs des Leistungsbilanzüberschusses nicht beseitigt. Da sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum im zweiten Halbjahr 1968 abschwächen wird, ist wieder mit einer Zunahme dieses Überschusses zu rechnen. Die Importsteigerung dürfte sich verlangsamen, wenn nicht sogar völlig zum Stillstand kommen. Als dauerhafte Lösung der amerikanischen Zahlungsbilanzprobleme kann allerdings eine vornehmlich durch Wachstumseinbußen erkaufte Besserung der Außenwirtschaftslage nicht angesehen werden.

So sehr die zu erwartende Konjunkturabschwächung zu einer kurzfristigen Entspannung der außenwirtschaftlichen Situation beitragen wird, so wenig wird sie zunächst zu einer Dämpfung des in diesem Jahr beschleunigten Preisaufriffs führen. Erfahrungsgemäß wirkt eine konjunkturelle Verlangsamung unmittelbar dämpfend auf das Tempo des Produktivitätsfortschritts. Dagegen gehen gewöhnlich von einer Abschwächung Einflüsse auf das Ausmaß der Lohnsteigerungen nur mit be-

trächtlicher zeitlicher Verzögerung aus. Die Lohnstückkosten nehmen daher häufig zu Beginn einer Konjunkturverlangsamung verstärkt zu. Mit einer abermaligen Beschleunigung des Preisauftriebs im weiteren Verlauf dieses Jahres ist jedoch nicht zu rechnen. Vielmehr dürften verstärkte Kostensteigerungen durch ein Schrumpfen der Gewinnspannen kompensiert werden.

In *Großbritannien* haben die Außenhandelsergebnisse für August die Hoffnung verstärkt, daß sich die erstrebten Abwertungseffekte nun endlich durchzusetzen beginnen: Die Ausfuhr hat im August beschleunigt zugenommen. Allerdings verharrt die Einfuhr weiterhin auf hohem Niveau. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die binnenwirtschaftliche Nachfrage und damit auch der Import ausländischer Waren nicht genügend zurückgestaut worden sind.

Das wirtschaftliche Wachstum hat sich in diesem Jahr beschleunigt. Hierfür ist nicht nur die Zunahme der Auslandsnachfrage nach britischen Waren, sondern mehr noch die Steigerung der Binnennachfrage verantwortlich, von der bisher jedoch die private Nachfrage nach Anlageinvestitionsgütern, deren Steigerung für die Verbesserung der britischen Konkurrenzposition entscheidend wäre, nicht erfaßt wurde. Zwar hat die britische Regierung versucht, den privaten Verbrauch durch finanz- und kreditpolitische Maßnahmen einzudämmen. Jedoch ist es ihr bisher nicht gelungen, den Lohnauftrieb derart zu dämpfen, daß Kaufkraft für eine stärker zunehmende private Verbrauchernachfrage fehlt.

Obwohl sich das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr beschleunigt hat, nimmt die Zahl der Arbeitslosen seit dem Frühjahr wieder zu. Die britische Regierung steht daher vor folgendem Dilemma: Einerseits würde sich bei weiterer Dämpfung der Binnennachfrage die Zahl der Arbeitslosen in einem politisch kaum noch vertretbaren Ausmaß vergrößern; andererseits bietet sich aber, falls der erhoffte Exportboom ausbleibt, neben der Einführung von Importrestriktionen kein anderer Ausweg, als durch eine verschärfte kontraktive Politik die Zahlungsbilanz von der Importseite her zu entlasten. Auch der Konsolidierungskredit, der Großbritannien zur Ablösung eines Teils der Sterlingverpflichtungen gewährt wurde, hat die Dringlichkeit der Beseitigung des Zahlungsbilanzdefizits nicht vermindert.

Für die *französische* Volkswirtschaft sind die Aussichten auf eine Erholung von dem wirtschaftlichen Rückschlag im Mai und Juni dieses Jahres günstiger geworden. Die von der Regierung beschlossenen expansiven Maßnahmen werden eine wirksame Unterstützung für die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Unternehmen

sein. Das Konjunkturprogramm setzt den Hebel an geeigneter Stelle an — bei den privaten Investitionen. Wenn auch die Senkung der Lohnsummensteuer, die direkt auf eine Kompensation der massiven Kostenerhöhungen zielt, nur eine bescheidene Erleichterung bedeutet, so ist doch die Einführung von Steuernachlässen in Höhe von 5 bis 10 vH des Einkaufspreises von Investitionsgütern eine erhebliche Hilfe. In der gegenwärtigen Situation ist durchaus anzunehmen, daß die Unternehmer die durch Steuerguthaben entstehenden Vorteile sowie die erweiterten Möglichkeiten zur verbilligten Investitionsfinanzierung durch staatliche Kredite nutzen werden. Denn infolge der Lohnerhöhungen ist der Zwang zur Rationalisierung groß, und auch in Hinblick auf die erwartete Konsumzunahme besteht ein Anreiz zu Investitionen.

Der Anstieg des Preisniveaus hat sich bisher, gemessen am Index der Lebenshaltungskosten, in Grenzen gehalten (Juli: +4,5 vH im Vorjahresvergleich). Indem die Regierung den Unternehmern bei der Überwindung ihrer finanziellen Schwierigkeiten Hilfe leistet, könnte ihren Versuchen, die private Wirtschaft auf dem Wege direkter Kontakte weiterhin von stärkeren Preiserhöhungen abzuhalten, eher Erfolg beschieden sein. Gegenwärtig ist nicht zu befürchten, daß Investitionssteigerungen — die die aus Lohnerhöhungen gespeiste Konsumexpansion ergänzen würden — zu einem inflationären Nachfragesog führen. Denn die Angebotskapazitäten der französischen Volkswirtschaft erlauben auch auf dem Gebiet der Investitionsgüterindustrie eine stärkere Ausdehnung der Produktion.

Freilich wird die zu erwartende Expansion der inländischen Nachfrage zu einem größeren Importsog führen. Trotz der Einfuhrkontingentierung muß mit einer Verschlechterung der Handelsbilanz gerechnet werden. Die Ausfuhren werden nach dem stufenweisen Abbau der Exportsubventionen erheblich schwächer steigen, als es vor den politischen Unruhen und — nicht zuletzt infolge von Nachholeffekten — in den Monaten nach der Krise bis einschließlich August der Fall war. Die Regierung, die die Devisenkontrolle wieder aufgehoben hat, nimmt die voraussichtliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz bewußt in Kauf und setzt damit die Devisenreserven zugunsten einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik ein.

In *Italien* differenziert sich die konjunkturelle Entwicklung in zunehmendem Maße. Während der private Verbrauch und die private Investitionstätigkeit — mit Ausnahme des Wohnungsbaus — nur mäßig expandieren, hat der Staat seine Direktinvestitionen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gegenüber 1967 um etwa 40 vH gesteigert. Auch der öffentliche Verbrauch expandierte kräftig. Dennoch reichten die von der öffentlichen Hand

ausgehenden Impulse bisher nicht aus, eine Abschwächung des Wachstums der gesamten Inlandsnachfrage zu verhindern. Infolgedessen ist die Zuwachsrate der Industrieproduktion während der letzten Monate kaum noch über 5 vH hinausgegangen. Das Expansionstempo der Importe hält sich in noch engeren Grenzen.

Wie in Phasen gedämpfter Inlandsnachfrage zu erwarten, widmen sich die Unternehmen nunmehr stärker dem Exportgeschäft. Im ersten Halbjahr 1968 stiegen die Exporte um 12,8 vH, im Juli bereits um 19 vH im Vorjahresvergleich. Zur nachhaltigen Stützung dieser Exportdynamik verfügte die Regierung eine beschleunigte Abwicklung der Umsatzsteuerrückvergütung. Zudem wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, wonach noch in diesem Jahr der Plafond der Exportkreditversicherung kräftig angehoben werden soll.

### **Anhaltend hoher Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik**

Der konjunkturelle Aufschwung setzt sich auch im zweiten Halbjahr 1968 fort. Während er in der ersten Hälfte dieses Jahres sehr stark vom Lageraufbau getragen wurde, übernehmen jetzt die Ausgaben für Anlageinvestitionen ihre klassische Rolle als Motor der Konjunktur. Die jährlichen Zuwachsraten sowohl der Bau- als auch der Ausrüstungsinvestitionen dürften in der zweiten Jahreshälfte (rund 10 vH) ungefähr doppelt so hoch sein wie in der ersten. Der private Verbrauch nimmt dabei weiter — wenn auch immer noch unterdurchschnittlich — zu. Infolge der ausgeprägten Steuerprogression und der erhöhten Abgaben zur Sozialversicherung steigen die Nettolöhne und -gehälter und mit ihnen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wesentlich langsamer als die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer.

Da keine der makroökonomischen Nachfragekomponenten eine Übersteigerung und auch der Arbeitsmarkt keinerlei Überforderungen erkennen läßt, ist trotz der stetig zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften mit dem Aufschwung keine inflatorisch wirkende Expansion der Effektivlöhne verbunden.

Wenn dennoch die Spanne zwischen nominaler (8 vH) und realer Entwicklung des Sozialprodukts (5,5 vH) wieder größer wird, so ist das fast ausschließlich nicht-konjunkturellen Ursachen zuzuschreiben, so etwa den Nachwirkungen der Einführung der Mehrwertsteuer, den Preissteigerungen in den Verkehrs-, Wohnungs- und Dienstleistungssektoren und dem Fortfall weiterer Preisenkungen bei Nahrungsmitteln. Das Preisniveau des Bruttosozialprodukts (Deflationierungsfaktor) wird vor allem aus diesen Gründen um reichlich 2 vH steigen.

Die Regierungsinitiative begünstigt jedoch nicht einseitig den Außenhandel. Inzwischen wurden die unmittelbar investitionsfördernden Maßnahmen des vor einem Monat vorgelegten Expansionsprogramms in Kraft gesetzt. Sie zielen darauf, durch steuerliche Begünstigungen die Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu stärken.

Da ein wachsender Teil des Sparaufkommens gegenwärtig in Auslandspapieren angelegt wird, verlagert sich schon seit geraumer Zeit die Finanzierung der privaten Investitionen zunehmend auf kurzfristige Bankkredite. Infolgedessen sind die Regierungsmaßnahmen nicht nur unter ihrem expansiven Aspekt zu begrüßen, sondern auch insoweit, als sie die Unternehmer in die Lage versetzen, durch günstigere Emissionsbedingungen den Kapitalmarkt zu remobilisieren und die Kapitalflucht zu bremsen.

Eine Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 5,5 vH, wie sie für das zweite Halbjahr zu erwarten ist, entspricht den Zielvorstellungen der Bundesregierung. Trotzdem kann die Gesamtkonstellation noch keineswegs als befriedigend bezeichnet werden. Denn die Binnennachfrage wird — soweit bisher zu übersehen — auch weiterhin nicht ausreichen, um den Exportüberschuß nennenswert unter sein bisheriges Rekordniveau zu drücken: In der zweiten Jahreshälfte dürfte die außenwirtschaftliche Bilanz wiederum mit einem Außenbeitrag von etwa 8 Mrd. DM schließen.

Solange die Bundesbank keinen Restriktionskurs steuert, wird es sicherlich gelingen, das Zahlungsbilanzproblem durch langfristige Kapitalexporte zu mildern. Doch kann selbst ein voller Ausgleich der Überschüsse in den laufenden Posten durch langfristige Mittel nur als Notlösung angesehen werden. Daß unsere Partnerländer eine derart hohe „Fremdfinanzierung“ ihrer Volkswirtschaften auf die Dauer für nicht zumutbar halten, zeigt sich sehr deutlich in den Reaktionen des Auslandes. Ein jährlicher Außenbeitrag in der Größenordnung von 16 Mrd. DM ist aber auch für die Bundesrepublik ein ernstes Problem, da er gleichbedeutend ist mit der Vernachlässigung so dringender Aufgaben wie der Verbesserung unserer Infrastruktur. Von einer befriedigenden Lösung des Zahlungsbilanzproblems kann also erst dann gesprochen werden, wenn ein nennenswerter Teil unserer Ausfuhrüberschüsse durch Binnennachfrage ersetzt und damit gleichzeitig unseren Partnerländern geholfen wird, ihre außenwirtschaftlichen Probleme zu überwinden, ohne eine Rezession in Kauf nehmen zu müssen.

Eine Aufwertung der Deutschen Mark, wie sie der Bundesrepublik vor allem von den Defizitlän-

dem nahegelegt wird, ist allerdings ein gefährlicher Ausweg. Selbst wenn man von den prinzipiellen, die längerfristigen Aspekte berücksichtigenden Gedanken gegen die Praxis abrupter Wechselkurskorrekturen absieht, ist es mehr als fraglich, ob eine Änderung der DM-Parität einer Lösung des außenwirtschaftlichen Problems näherführen würde. Eine Aufwertung im Ausmaß der Paritätsänderung vom Jahre 1961 (5 %) würde den Exportüberschuß vermutlich auf kurze Sicht nicht fühlbar tangieren; gerade das Beispiel Großbritanniens zeigt, wie lang selbst bei größeren Wechselkurskorrekturen die time lags sein können, nach denen erst eine Reaktion bei den realen Güterströmen erfolgt. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß die in- und ausländischen Exporteure und Importeure auf eine DM-Aufwertung zunächst so unelastisch reagieren, daß sich der Leistungsbilanzüberschuß wertmäßig kaum verändert. Dies würde die Spekulation auf eine weitere Korrektur des Wechselkurses wieder aufleben lassen und zu einer erneuten Unruhe auf den Devisenmärkten führen.

Ein Aufwertungssatz, von dem eine kräftige Reduzierung unseres Ausfuhrüberschusses erwartet werden könnte, ist wachstumspolitisch kaum vertretbar: Dies würde mit Sicherheit einen Rückschlag der keineswegs überhitzten Binnenkonjunktur zur Folge haben und — über einen Druck auf die Löhne und einen nachlassenden Importsog — auf mittlere Sicht überdies wieder zusätzliche Exportüberschüsse provozieren. Selbst eine gut vorbereitete und flexible Finanzpolitik wäre in diesem Fall nicht in der Lage, die abrupten Wirkungen einer starken Aufwertung aufzufangen, d. h. eine reibungslose Umlenkung der Nachfrage und der Produktionsfaktoren zum Sektor Infrastruktur zu gewährleisten.

Eine elastische Änderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage- und Produktionsstruktur sollte daher durch eine verstärkte Expansion der Binnennachfrage — und das heißt konkret: der Nachfrage der öffentlichen Haushalte — erreicht werden. Die augenblicklichen und sich für das nächste Jahr abzeichnenden Tendenzen weisen indes in die entgegengesetzte Richtung. Nach der auftragsmäßigen

und zu einem erheblichen Teil auch produktionsmäßigen Abwicklung des zweiten Investitionshaushaltes der Bundesregierung lassen die zusätzlich wirksamen expansiven Kräfte nach. Auf der anderen Seite wachsen die Einnahmen des Staates beschleunigt, so daß bei einer Limitierung des Ausgabenwachstums des Staates auf die Linien der mittelfristigen Finanzpolitik ein abrupter Abbau des staatlichen Verschuldungssaldos weit über den vorgesehenen Umfang hinaus zu erwarten ist. Die Aufgabe des Staates, zur Absorbierung des Einfuhrdefizits beizutragen, ist von einer Lösung noch weit entfernt.

Daher gilt vor allem ein Gebot: Die Ausgaben des Staates müssen stärker als bisher erkennbar ausgeweitet werden. Um zusätzlich erforderliche Ausgaben an einer Stelle zu finanzieren, bedarf es daher keineswegs einer Einsparung bei anderen Ausgabenpositionen.

Außerdem ist das Arsenal an Instrumenten, die zur Förderung der Einfuhr eingesetzt werden können, keineswegs erschöpft:

- Die Einfuhrumsatzsteuer sollte vorübergehend gesenkt oder ausgesetzt werden. Diesem Einnahmeverzicht des Staates stünden bei einer Aufwertung der Deutschen Mark als alternatives wirtschaftspolitisches Instrument staatliche Mehrausgaben für Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft gegenüber, die wegen der EWG-Agrarmarktordnungen unumgänglich würden.
- Noch bestehende Einfuhrbeschränkungen — insbesondere gegenüber Drittländern außerhalb der EWG — könnten fühlbar gelockert werden.

Diese Maßnahmen haben in mancher Hinsicht einen ähnlichen Effekt wie eine Wechselkursrevision, sind jedoch elastischer zu handhaben und daher mit geringeren kurz- und langfristigen Risiken behaftet. Auf jeden Fall tragen sie zur Lösung des Kernproblems unseres außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, nämlich Abbau des Einfuhrdefizits, rasch und unmittelbar bei. Mit derartigen Maßnahmen würde auch den Preisauftriebstendenzen, die von zusätzlichen Staatsausgaben vielfach befürchtet werden, wirksam entgegengetreten.

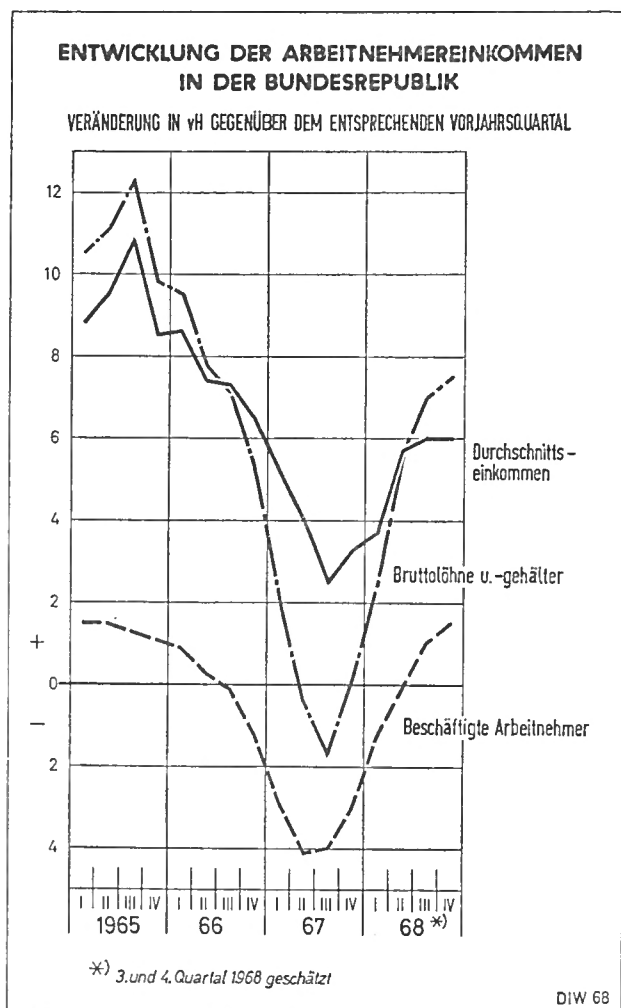
## Lohnentwicklung findet Anschluß an Konjunkturauftrieb

### Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1968

Die Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen hat sich im zweiten Quartal 1968 nach längerer Stagnation wieder dem gesamtwirtschaftlichen Expansionstempo genähert: Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter übertraf den vergleichbaren

Vorjahrsstand um 5,6 vH, das Niveau des Vorquartals um 8,7 vH.

Der Gewinnspielraum ist indes weiterhin beträchtlich. Die kräftige Produktivitätszunahme (im zweiten Quartal je Erwerbstätigenstunde +6,2 vH)



haben die Effektivlöhne den Anstieg der Tarife übertroffen.

### Beschäftigung

Schätzungen des DIW zufolge hat die Gesamtbeschäftigung im Berichtsquartal den vergleichbaren Vorjahrsstand fast wieder erreicht. Nach Überwindung der bei ungünstiger Witterung nochmals sehr hohen Arbeitslosigkeit im Winter hat deren weiterer Abbau sich zügig fortgesetzt. Auch im Quartalsdurchschnitt ergab sich im Vorjahrsvergleich (— 169 000) ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosenziffern. Ein noch freundlicheres Bild vermittelt die von Monat zu Monat beträchtlich gestiegene Zahl der offenen Stellen, die nun fast wieder das vor der Rezession registrierte Niveau erreicht hat.

Die während der Rezession stark gesunkene Zahl der beschäftigten Ausländer zeigt ebenfalls steigende Tendenz. Sie hat von Januar an stetig zugenommen; Ende Juni wurden nur noch 9000 Ausländer weniger beschäftigt als im Jahr zuvor.

**Veränderung  
der Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden  
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit**

	1966			1967				1968	
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Industrie <sup>1)</sup> . . .	- 1,8	1,8 - 2,5	- 3,9	- 2,8	- 1,8	- 0,3	+ 3,7	+ 2,3	
Bauhauptgewerbe	- 1,2	- 1,4 + 2,5	+ 4,7	- 1,3	- 1,5	- 3,7	- 9,7	- 0,8	

<sup>1)</sup> Betriebe mit über 10 Beschäftigten.

hat unvermindert angehalten; das schon im Vorquartal außerordentlich hohe Expansionstempo der Gewinne (Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen +17 vH) hat sich damit kaum abgeschwächt. Demgegenüber sind die Lohnstückkosten mehr und mehr zurückgegangen. Gegen eine stärkere Anhebung der Bandbreite der Lohnerhöhungen bei künftigen Tarifvereinbarungen sind unter konjunkturellem Aspekt mithin keine Einwände zu erheben.

Die im zweiten Quartal 1968 abgeschlossenen Tarifvereinbarungen haben wegen der Zahl der davon betroffenen Arbeitnehmer das Ausmaß der „Lohnrunde“ für 1968 bestimmt. Bei Lohnerhöhungen, die sich in der Regel zwischen 3,5 und 4,5 vH bewegten, hat sich die Tarifexpansion, die Ende 1967 fast zum Stillstand gekommen war, wieder beschleunigt. Die Durchschnittseinkommen der Arbeiter verbesserten sich überdurchschnittlich durch die weiter gestiegene individuelle Arbeitszeit (Einkommenszunahme je beschäftigten Arbeiter im zweiten Quartal 1968 effektiv 7,7 vH, tariflich 3,5 vH; je beschäftigten Angestellten effektiv 5,4 vH, tariflich 3,1 vH). Auch auf Stundenbasis

Wenn auch die starken Produktionssteigerungen noch immer dank beträchtlicher betrieblicher Produktivitätsreserven (in der Regel durch bessere Arbeitsorganisation) erreicht wurden, so sind jetzt doch häufig Neueinstellungen vorgenommen worden. Insbesondere in der Industrie — hier war der Rückgang 1967 am stärksten — hat die Beschäftigung wieder zugenommen: Die nach Beginn des Wiederaufschwungs in fast allen Industriezweigen beobachtete ausgesprochen abwartende Haltung ist nun einer zunehmenden Bereitschaft zu Neueinstellungen gewichen. Die günstige Produktions- und Auftragsentwicklung hat sich offensichtlich in der Investitionsgüterindustrie am stärksten bemerkbar gemacht: Hier stieg die Zahl der Beschäftigten in den letzten Monaten merklich an; im Quartalsdurchschnitt wurde der vergleichbare Vorjahrsstand der Beschäftigung bereits leicht überschritten (+0,6 vH). Sieht man vom Bergbau ab, dessen Beschäftigung weiterhin rückläufig ist, so hat sich auch in den anderen Industriebereichen die Lage zumindest insoweit gebessert, als die Beschäftigtenziffern im Berichtsquartal nur noch geringfügig unter dem Vorjahrsstand blieben.

**Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen<sup>1)</sup> und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen**

	1965				1966				1967				1968	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter <sup>2)</sup>														
effektiv . . . . .	8,2	9,3	10,9	7,1	8,5	6,8	6,4	5,7	4,0	1,7	1,3	2,7	3,7	7,7
tariflich . . . . .	7,0	6,7	7,6	6,3	6,6	7,3	6,4	6,2	5,1	2,9	2,3	2,0	1,8	3,5
Angestellte <sup>3)</sup>														
effektiv . . . . .	8,7	9,4	10,7	9,3	8,1	8,2	8,1	6,8	5,0	5,1	3,5	3,6	4,0	5,4
tariflich . . . . .	6,8	6,5	6,5	6,1	5,3	6,2	6,8	6,3	5,2	3,5	2,4	1,7	2,3	3,1
Differenzen zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter . . . . .	+ 1,2	+ 2,6	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,9	- 0,5	± 0,0	- 0,5	- 1,1	- 1,2	- 1,0	+ 0,7	+ 1,9	+ 4,2
Angestellte . . . . .	+ 1,9	+ 2,9	+ 4,2	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,5	- 0,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,3

<sup>1)</sup> Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. — <sup>2)</sup> Alle Wirtschaftsbereiche außer Landwirtschaft, Handwerk, Geld-, Bank- und Versicherungswesen, Gaststättenwesen, Kunst und Unterhaltung, Häusliche Dienste, Dienstleistungshandwerk und sonstige Dienstleistungen. — <sup>3)</sup> Wie Anm. <sup>2)</sup> aber einschl. Geld-, Bank- und Versicherungswesen.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Ebenso günstig entwickelte sich die Beschäftigungssituation in zahlreichen konjunkturell expandierenden Handwerkszweigen. Dagegen scheint die Beschäftigung in der Bauwirtschaft in letzter Zeit nicht mehr über das saisonübliche Maß hinaus expandiert zu haben. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Bauwirtschaft auch auf längere Sicht ihren Beschäftigtenstand nicht mehr nennenswert ausdehnen wird.

In den Bereichen außerhalb des produzierenden Gewerbes, seit längerem gekennzeichnet durch eine relativ stetige Beschäftigtenentwicklung, hat sich in den letzten Monaten das Beschäftigungsniveau kaum erhöht. Dies trifft insbesondere für den Handel und das Verkehrswesen zu, die — zum Teil noch im Schatten der Konjunktur — keine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften entfaltet. Auch im Dienstleistungsbereich war im zweiten Quartal 1968 keine nennenswerte Belebung des Arbeitskräftebedarfs zu verspüren.

Nach den außerordentlich starken Entlassungen von Arbeitern während der Rezession hat sich jetzt die Beschäftigungslage der einzelnen Arbeitnehmergruppen wieder weitgehend „normalisiert“. Die Nachfrage nach Arbeitskräften aller Qualifikationen verläuft nun gleichmäßiger, so daß sich die Veränderungen der Zahl der beschäftigten Ar-

beiter und der Angestellten nach der extremen Differenzierung im vergangenen Jahr wieder fast einander angenähert haben (Arbeiter — 0,6 vH; Angestellte einschließlich Beamte + 0,6 vH).

**Durchschnittseinkommen**

Wesentlich günstiger noch als die Beschäftigung hat der Konjunkturaufschwung im zweiten Quartal 1968 die individuelle Einkommensexpansion beeinflusst. Wie erwartet, haben die im Frühjahr abgeschlossenen Tarifvereinbarungen die durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen mehr als im ersten Quartal 1968 steigen lassen. Daneben hat auch die wiederum gestiegene individuelle Arbeitszeit zu Mehreinkommen geführt. Schließlich war erstmals wieder eine merkliche Lohndrift zwischen effektiven und tariflichen Löhnen auf Stundebasis festzustellen.

Die Entwicklung in der Industrie war in dieser Hinsicht besonders beachtlich: Die je beschäftigten Arbeiter durchschnittlich geleistete Arbeitszeit stieg im Vorjahrsvergleich zwar nur noch um 2,3 vH (gegenüber 3,7 vH im Vorquartal); berücksichtigt man dabei jedoch, daß das zweite Quartal erheblich weniger Arbeitstage (im Vorjahrsvergleich — 4,4 vH) aufwies, so läßt die Kalenderbereinigung hinsichtlich der Arbeitszeitentwicklung eine gegen-

**Zunahme von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit**

	1966	1967	1966				1967				1968			
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III <sup>1)</sup>	IV <sup>1)</sup>
Beschäftigung . . . . .	- 0,0	- 3,5	0,9	0,3	- 0,1	- 1,2	- 2,9	- 4,1	- 4,0	- 3,0	- 1,3	- 0,1	1,0	1,5
Bruttolöhne u. -gehälter . . . . .	7,3	0,0	9,5	7,8	7,1	5,3	2,1	- 0,4	- 1,7	0,1	2,4	5,6	7,0	7,5
Durchschnittseinkommen . . . . .	7,4	3,7	8,6	7,4	7,3	6,5	5,2	4,0	2,5	3,3	3,7	5,7	6,0	6,0

<sup>1)</sup> Schätzung

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik<sup>2)</sup> im 2. Quartal 1968

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
<b>Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)</b>												
<b>Land- und Forstwirtschaft . . .</b>	<b>283</b>	<b>237</b>	<b>31</b>	<b>15</b>	<b>114</b>	<b>99</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>397</b>	<b>- 2,7</b>	<b>- 2,6</b>	<b>- 2,7</b>
Bergbau . . . . .	333	275	46	12	11	5	6	0	344	-11,7	± 0,0	-11,3
Energiewirtschaft . . . . .	179	115	58	6	22	6	16	0	201	- 0,6	± 0,0	- 0,5
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind.)	1 383	1 053	284	46	307	177	118	12	1 690	- 0,3	± 0,0	- 0,2
Investitionsgüter-Industrie . . . .	2 586	1 793	604	189	846	561	258	27	3 432	0,5	0,7	0,6
Verbrauchsgüter-Industrie . . . .	940	710	192	38	1 127	960	128	39	2 067	- 1,1	- 1,1	- 1,1
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	313	215	92	6	211	161	46	4	524	- 0,6	- 1,4	- 0,9
<b>Industrie, gesamt . . . . .</b>	<b>5 734</b>	<b>4 161</b>	<b>1 276</b>	<b>297</b>	<b>2 524</b>	<b>1 870</b>	<b>572</b>	<b>82</b>	<b>8 258</b>	<b>- 0,8</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 0,7</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	880	631	73	176	297	143	94	60	1 177	- 0,1	1,0	0,2
Baugewerbe . . . . .	1 833	1 569	126	198	73	13	52	8	1 906	1,6	2,8	1,7
<b>Produzierendes Gewerbe . . . . .</b>	<b>8 447</b>	<b>6 361</b>	<b>1 475</b>	<b>611</b>	<b>2 894</b>	<b>2 026</b>	<b>718</b>	<b>150</b>	<b>11 341</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>
Handel . . . . .	1 134	427	560	147	1 425	245	900	280	2 559	- 0,4	- 0,3	- 0,4
Verkehr . . . . .	1 177	561	561	55	193	60	128	5	1 370	- 2,2	- 2,5	- 2,2
<b>Handel und Verkehr . . . . .</b>	<b>2 311</b>	<b>988</b>	<b>1 121</b>	<b>202</b>	<b>1 618</b>	<b>305</b>	<b>1 028</b>	<b>285</b>	<b>3 929</b>	<b>- 1,3</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 1,0</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup> . . . . .	2 075	351	1 673	51	700	137	541	22	2 775	1,6	1,3	1,5
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	266	11	224	31	228	16	189	23	494	1,5	1,9	1,4
Gaststättenwesen . . . . .	114	71	33	10	282	211	61	10	396	- 0,9	± 0,0	- 0,3
Häusliche Dienste . . . . .	1	—	1	—	365	267	87	11	366	.	1,6	- 1,6
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup> . . . .	79	58	14	7	293	219	27	47	372	± 0,0	0,7	0,5
Sonstige Dienstleistungen . . . . .	386	75	293	18	553	98	430	25	939	1,0	0,9	1,0
<b>Dienstleistungen, gesamt . . . . .</b>	<b>2 921</b>	<b>566</b>	<b>2 238</b>	<b>117</b>	<b>2 421</b>	<b>948</b>	<b>1 335</b>	<b>138</b>	<b>5 342</b>	<b>1,4</b>	<b>0,5</b>	<b>1,0</b>
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>13 962</b>	<b>8 152</b>	<b>4 865</b>	<b>945</b>	<b>7 047</b>	<b>3 378</b>	<b>3 088</b>	<b>581</b>	<b>21 009</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>
<b>Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)</b>												
<b>Land- und Forstwirtschaft . . . . .</b>	<b>591</b>	<b>471</b>	<b>112</b>	<b>8</b>	<b>165</b>	<b>144</b>	<b>17</b>	<b>4</b>	<b>756</b>	<b>1,0</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>
Bergbau . . . . .	1 014	780	226	8	27	11	16	0	1 041	- 5,3	3,8	- 5,1
Energiewirtschaft . . . . .	607	358	246	3	63	14	49	0	670	2,5	3,3	2,6
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind.)	4 828	3 295	1 504	29	722	349	366	7	5 550	6,8	5,7	6,6
Investitionsgüter-Industrie . . . .	8 222	5 317	2 797	108	1 830	1 090	725	15	10 052	9,8	8,7	9,6
Verbrauchsgüter-Industrie . . . .	2 724	1 874	828	22	2 009	1 642	346	21	4 733	7,8	7,5	7,7
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	1 027	625	399	3	398	269	127	2	1 425	5,3	4,2	5,0
<b>Industrie, gesamt . . . . .</b>	<b>18 422</b>	<b>12 249</b>	<b>6 000</b>	<b>173</b>	<b>5 049</b>	<b>3 375</b>	<b>1 629</b>	<b>45</b>	<b>23 471</b>	<b>7,2</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 972	1 644	237	91	420	236	154	30	2 392	4,4	5,5	4,6
Baugewerbe . . . . .	5 549	4 894	573	82	159	27	128	4	5 708	8,5	9,7	8,5
<b>Produzierendes Gewerbe . . . . .</b>	<b>25 943</b>	<b>18 787</b>	<b>6 810</b>	<b>346</b>	<b>5 628</b>	<b>3 638</b>	<b>1 911</b>	<b>79</b>	<b>31 571</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>
Handel . . . . .	3 140	1 046	2 020	74	2 486	436	1 913	137	5 626	3,6	3,7	3,6
Verkehr . . . . .	3 387	1 514	1 844	29	477	127	348	2	3 864	2,0	2,1	2,0
<b>Handel und Verkehr . . . . .</b>	<b>6 527</b>	<b>2 560</b>	<b>3 864</b>	<b>103</b>	<b>2 963</b>	<b>563</b>	<b>2 261</b>	<b>139</b>	<b>9 490</b>	<b>2,8</b>	<b>3,5</b>	<b>3,0</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup> . . . . .	7 541	1 050	6 457	34	2 050	264	1 772	14	9 591	3,3	4,9	3,7
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	891	29	843	19	541	30	497	14	1 432	7,1	6,9	7,0
Gaststättenwesen . . . . .	314	182	127	5	487	352	130	5	801	3,3	4,1	3,8
Häusliche Dienste . . . . .	3	—	3	—	565	384	175	6	568	.	3,3	3,3
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup> . . . .	186	129	53	4	429	344	60	25	615	4,5	4,6	4,6
Sonstige Dienstleistungen . . . . .	1 303	192	1 100	11	1 081	169	898	14	2 384	4,7	4,6	4,7
<b>Dienstleistungen, gesamt . . . . .</b>	<b>10 238</b>	<b>1 582</b>	<b>8 583</b>	<b>73</b>	<b>5 153</b>	<b>1 543</b>	<b>3 532</b>	<b>78</b>	<b>15 391</b>	<b>3,9</b>	<b>4,8</b>	<b>4,2</b>
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>43 299</b>	<b>23 400</b>	<b>19 369</b>	<b>530</b>	<b>13 909</b>	<b>5 838</b>	<b>7 721</b>	<b>300</b>	<b>57 208</b>	<b>5,7</b>	<b>5,4</b>	<b>5,6</b>
<b>Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)</b>												
<b>Land- und Forstwirtschaft . . . . .</b>	<b>696</b>	<b>662</b>	<b>1 204</b>	<b>178</b>	<b>482</b>	<b>485</b>	<b>810</b>	<b>167</b>	<b>635</b>	<b>3,9</b>	<b>3,9</b>	<b>3,9</b>
Bergbau . . . . .	1 015	945	1 638	222	818	733	889	.	1 009	7,2	3,8	7,0
Energiewirtschaft . . . . .	1 130	1 038	1 414	167	955	778	1 021	.	1 111	3,1	3,3	3,1
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind.)	1 164	1 043	1 765	210	784	657	1 034	194	1 095	7,1	5,7	6,9
Investitionsgüter-Industrie . . . .	1 060	988	1 544	190	721	648	937	185	976	9,1	7,9	8,9
Verbrauchsgüter-Industrie . . . .	966	880	1 438	193	594	570	901	179	763	8,9	8,8	8,9
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	1 094	969	1 446	167	629	557	920	167	906	6,0	5,7	6,0
<b>Industrie, gesamt . . . . .</b>	<b>1 071</b>	<b>981</b>	<b>1 567</b>	<b>194</b>	<b>667</b>	<b>602</b>	<b>949</b>	<b>183</b>	<b>947</b>	<b>8,1</b>	<b>7,8</b>	<b>8,0</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	747	868	1 082	172	471	550	546	167	677	4,5	4,4	4,4
Baugewerbe . . . . .	1 009	1 040	1 516	198	726	692	821	167	998	6,7	6,7	6,7
<b>Produzierendes Gewerbe . . . . .</b>	<b>1 024</b>	<b>984</b>	<b>1 539</b>	<b>189</b>	<b>648</b>	<b>599</b>	<b>887</b>	<b>176</b>	<b>928</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>
Handel . . . . .	923	817	1 202	168	582	593	709	163	733	4,1	4,1	4,1
Verkehr . . . . .	959	900	1 096	176	824	706	906	133	940	4,2	4,8	4,3
<b>Handel und Verkehr . . . . .</b>	<b>941</b>	<b>864</b>	<b>1 149</b>	<b>170</b>	<b>610</b>	<b>615</b>	<b>733</b>	<b>163</b>	<b>805</b>	<b>4,1</b>	<b>4,1</b>	<b>4,1</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup> . . . . .	1 211	997	1 287	222	976	642	1 092	212	1 152	1,7	3,5	2,1
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	1 117	879	1 254	204	791	625	877	203	966	5,5	5,5	5,5
Gaststättenwesen . . . . .	918	854	1 283	167	576	556	710	167	674	4,2	4,0	4,0
Häusliche Dienste . . . . .	1 000	—	1 000	—	516	479	517	182	517	.	5,0	5,0
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup> . . . .	785	741	1 262	190	488	524	741	177	551	4,5	3,9	4,0
Sonstige Dienstleistungen . . . . .	1 125	853	1 251	204	652	575	696	187	846	3,7	3,7	3,7
<b>Dienstleistungen, gesamt . . . . .</b>	<b>1 168</b>	<b>932</b>	<b>1 278</b>	<b>208</b>	<b>709</b>	<b>543</b>	<b>882</b>	<b>188</b>	<b>960</b>	<b>2,5</b>	<b>4,2</b>	<b>3,2</b>
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>1 034</b>	<b>957</b>	<b>1 327</b>	<b>187</b>	<b>658</b>	<b>581</b>	<b>833</b>	<b>172</b>	<b>908</b>	<b>5,8</b>	<b>5,5</b>	<b>5,7</b>

<sup>1)</sup> Einschl. Heimarbeiter. — <sup>2)</sup> Einschl. Berlin (West) und Saarland. — <sup>3)</sup> Einschl. Industrie der Steine und Erden. — <sup>4)</sup> Einschl. Soldaten. — <sup>5)</sup> Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur.

über dem Vorquartal erheblich größere Steigerung der täglichen Arbeitszeit erkennen.

Nach der völligen Beseitigung der Kurzarbeit haben nun — angesichts der günstigen Produktions- und Auftragsentwicklung — Überstunden an Bedeutung gewonnen. Die darauf zurückzuführende Lohnzunahme hat insbesondere den Industriearbeitern beträchtliche Einkommenssteigerungen gebracht. So nahmen die durchschnittlichen Lohnzahlungen an männliche Arbeiter in der Investitionsgüterindustrie um über 10 vH zu. Aber auch in den anderen Industriebereichen waren ähnlich hohe Zuwachsraten der durchschnittlichen Arbeiterlöhne zu verzeichnen, die sich sowohl von den Angestelltenverdiensten in der Industrie (+6,2 vH) als auch von der Einkommensexpansion in anderen Wirtschaftsbereichen deutlich abhoben.

Am ehesten noch haben die Löhne der Bauarbeiter (+6,6 vH) mit dieser Entwicklung Schritt gehalten. Wie in der Industrie waren auch hier zusätzliche Überstundenverdienste — obwohl geringeren Umfangs — für die tatsächliche Einkommensentwicklung von großer Bedeutung. Demgegenüber sind im Handel und Verkehr (+4,1 vH) und im Dienstleistungsbereich (+3,2) wesentlich geringere Einkommensaufbesserungen zu registrieren. Für die tertiären Bereiche kann insgesamt unterstellt werden, daß die Effektivverdienste der Tarifentwicklung nahezu gefolgt sind. Aus dem Rahmen fällt die Lohnentwicklung je Beschäftigten im öffentlichen Dienst (+2,1 vH). Hier kamen im Vorjahr geleistete Sonderzahlungen (u.a. beim militärischen Personal) in Fortfall. Überdies ist die Erhöhung der Beamtenbezüge erst im zweiten Halbjahr 1968 wirksam geworden.

Eine „Normalisierung“ im Sinne einer ausgewogenen Einkommensentwicklung war auch insoweit festzustellen, als die Arbeiterlöhne aus den angegebenen Gründen (+7,3 vH) stärker zugenommen haben als die Verdienste der Angestellten und Beamten (+4,0 vH). Es sei daran erinnert, daß sich während der Rezessionsphase die individuellen Verdienststeigerungen immer mehr zugunsten der Angestellten verschoben hatten, in der gegenwärtigen Entwicklung also eine Art Aufholeffekt zu erblicken ist.

## Ausblick

Den vorliegenden statistischen Informationen zufolge haben die Expansionskräfte so an Intensität gewonnen, daß mit einer weiteren Beschleunigung des Lohnauftriebs gerechnet werden kann. Damit wird auch die Nachfrage der privaten Haushalte mehr und mehr Anschluß an die konjunkturell voraneilenden Bereiche der Endnachfrage finden.

Nach dem zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Arbeitslosen sehr bald wieder auf das Niveau der vergangenen Hochkonjunktur reduziert werden wird. Im kommenden Winter wird daher auch bei ungünstigen Witterungsbedingungen die Arbeitslosigkeit nicht mehr so stark wie in den beiden letzten Jahren ansteigen. Gemessen an der ständig steigenden Zahl der offenen Stellen (Ende August 604 000) ist die Lage am Arbeitsmarkt durch eine merklich zunehmende Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften gekennzeichnet. In ihrem Gefolge hat die Beschäftigung allein in der Industrie im Verlauf eines Monats (Juli 1968) um 64 000 Personen zugenommen. Die noch zu mobilisierenden offenen Arbeitskräftereserven werden sicherlich binnen kurzem ausgeschöpft sein. Mehr als zuvor wird — neben der Mobilisierung der „unsichtbaren“ Reserven im Inneren — die Ausweitung des Arbeitspotentials von einer zusätzlichen Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte abhängen.

Vom Ausgang der noch in diesem Jahr zu erwartenden Tarifverhandlungen wird gesamtwirtschaftlich kaum eine Beschleunigung der tariflichen Einkommensexpansion ausgehen. Mehrverdienste aus gesteigerter Arbeitszeit werden für einzelne Beschäftigtengruppen jedoch auch im weiteren Verlauf des Jahres von Bedeutung sein. Schließlich dürfte die sich weiter belebende Nachfrage auch durch eine größer werdende Lohndrift zu steigenden Verdiensten führen.

Im dritten Quartal 1968 hat die durchschnittliche Beschäftigung den Vorjahrsstand (um 1 vH) überschritten. Die Expansion der Individualeinkommen je Beschäftigten (+6 vH) hat die tarifliche Entwicklung deutlich übertroffen. Damit dürfte die Lohn- und Gehaltssumme (+7 vH) erstmals seit der konjunkturellen Wiederbelebung die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts annähernd erreicht haben.